

## **Beschlussvorlage**

**öffentlich**

<b>Zur Sitzung</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Behandlung</b>
Betriebsausschuss Einkauf und Service Duisburg	03.09.2013	Vorberatung
Personal- und Verwaltungsausschuss	03.09.2013	Vorberatung
Rat der Stadt	09.09.2013	Entscheidung
Betriebsausschuss für das Immobilien-Management Duisburg	30.09.2013	Kenntnisnahme
Betriebsausschuss Duisburg-Sport	30.09.2013	Kenntnisnahme

---

### **Betreff**

**HSP-Maßnahme 7-000035 Zentraler Einkauf**

---

### **Beschlussentwurf**

1) Der Gründung der Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG) wird zugestimmt.

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Beschaffungen für die Stadt Duisburg und ihre Sondervermögen und ihre Anstalten des öffentlichen Rechts sowie für die jeweiligen Mehrheitsbeteiligungen (im Nachfolgenden unter dem Begriff „Kunden“ subsumiert), insbesondere

- a) entwickelt die DEG die Strategien zur Optimierung der Beschaffungsprozesse der Kunden
- b) entwickelt die DEG einheitliche Vorgaben (Standards und Prozesse) im Bereich der Beschaffungen (einschließlich Bau) für die Kunden und berät die Kunden zu allen Aspekten der Beschaffung und Vergabe.
- c) stellt die DEG die notwendige Software für die Beschaffungsvorgänge der Kunden zur Verfügung.
- d) führt die DEG das Einkaufscontrolling für die Kunden durch.
- e) kann die DEG im Rahmen der geltenden Gesetze für die Kunden in deren Namen und auf deren Rechnung Aufträge bündeln und die Beschaffung durchführen.
- f) schafft die DEG die notwendige Transparenz der Beschaffungsleistungen der Kunden und stellt die Ergebnisse den Kunden zur Verfügung.

g) analysiert die DEG für die Kunden den Markt.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

- 2) Gesellschafter sind die Stadt Duisburg, die Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts (WBD-AöR) und die Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV). Sie sind an der Gesellschaft zu je einem Drittel beteiligt und erbringen das Stammkapital von 27.000 Euro zu je 9.000 Euro.
- 3) Dem Gesellschaftervertrag, der im Begründungstext in seinen Eckpunkten dargestellt ist, wird zugestimmt.
- 4) Als Vertreter der Stadt Duisburg in der Gesellschafterversammlung der DEG ist der Oberbürgermeister benannt. Für den Fall der persönlichen Verhinderung gilt die vom Rat gem. Anlage 2, DS 4024, vom 01.07.1997 beschlossene Vertretungsreihenfolge (Vertretung durch Verwaltung).
- 5) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle im Zusammenhang mit der Gründung erforderlichen Maßnahmen durchzuführen.
- 6) Der Beteiligung der WBD-AöR an der Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG) mit einem Geschäftsanteil von 9.000,- Euro wird - vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht - zugestimmt.
- 7) Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ESD wird zur Kernverwaltung zurückgeführt.
- 8) Der Oberbürgermeister wird gebeten, auch die mit Einkaufsaufgaben im Baubereich und im sonstigen Dienstleistungsbereich betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Kernverwaltung, insbesondere bei den Ämtern 31 und 61, beim IMD und bei DuisburgSport, zeitnah in die mit Rückführung des ESD neu zu bildende zentrale Einheit innerhalb der Kernverwaltung („Einkauf“) zu integrieren. Das bei dieser zentralen Einheit damit neu entstehende Organisationstableau wird dem Rat der Stadt zur gegebenen Zeit in einer Vorlage mitgeteilt werden.
- 9) Die DEG wird beauftragt, sukzessive nicht nur den Einkauf der Gesellschafter und der Sondervermögen der Stadt, sondern auch den Einkauf der Mehrheitsbeteiligungen der Gesellschafter zu steuern.
- 10) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Rat der Stadt Duisburg 2 bis 3 Jahre nach Gründung der DEG eine Vorlage zur Einbeziehung auch des operativen Einkaufs der Gesellschafter und der Sondervermögen der Stadt vorzulegen.

**Finanzielle Auswirkungen im städt. Haushalt -in Euro-:**☒ **Ja** ☐ **Nein**

Bei finanziellen Auswirkungen in Wirtschaftsplänen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen sind die mittelbaren/unmittelbaren Auswirkungen auf den städt. Haushalt hier ebenfalls angegeben.

Siehe Problembeschreibung

**Gender Mainstreaming-Relevanz**☐ **Ja**

Die Darlegung der Geschlechterdifferenzierung erfolgt im Kontext der Drucksache, ggf. als Anlage zur Drucksache. (Dabei müssen z.B. Planungskriterien, Verordnungen, Rechtsgrundlagen, Richtlinien etc., die dem Vorschlag zu Grunde liegen, genannt werden. Wird eine auffällige Abweichung zwischen den Geschlechtern deutlich, ist diese hervorzuheben, zu analysieren und es ist darzulegen, wie die geschlechtsspezifischen Unterschiede berücksichtigt wurden.)

☒ **Nein**

Die Darlegung der Geschlechterdifferenzierung entfällt aus folgenden Gründen:

Es liegen keine geschlechtsspezifischen Auswirkungen vor.

---

L I N K

D R. L A N G N E R

**Problembeschreibung / Begründung****Ratsbeschluss vom 25.06.2012 zum HSP (DS 12-0980)**

„Bei den Einkaufsvolumina der Stadt und aller städtischen Gesellschaften ist zwingend ein Einsparpotenzial vorzugeben. Möglich wird dies nur, wenn alle Betriebe zum Mitmachen gezwungen werden. Gleichzeitig ist Sorge zu tragen, dass nicht nur ein Unternehmen davon profitiert und eine gleichgewichtige Mitsprachemöglichkeit innerhalb der neuen Organisation besteht. Auch der Einkauf- und Service Duisburg (ESD) ist in diese Überlegungen einzubeziehen.“

Aus diesem Beschluss des Rates der Stadt Duisburg vom 25.06.2012 leitet sich die Durchführung der im Folgenden beschriebenen Projekte und ihrer dargestellten Ergebnisse ab.

**Projekt „Analyse des Einkaufs der Stadt Duisburg“ (August – November 2012)**

Basierend auf dem oben zitierten Ratsbeschluss wurde das Projekt „Analyse des Einkaufs der Stadt Duisburg“ in Zusammenarbeit mit der Unternehmensberatung KPMG BrainNet im Zeitraum August bis November 2012 durchgeführt. Zielstellung war die Identifikation der optimalen Struktur des Einkaufs unter besonderer Beachtung der Einsparpotenziale sowie die Quantifizierung dieser Einsparpotenziale für alle zugekauften Lieferungen und Leistungen. Im Fokus der Untersuchung waren die Kernverwaltung, ESD, IMD, DuisburgSport, GEBAG, DVV und WBD-AöR, deren gesamtes externes HSP-relevantes Einkaufsvolumen sich im analysierten Zeitraum Kalenderjahr 2011 auf ca. 190 Mio. Euro belief. Ausgewählte repräsentative Ausgabenbereiche wurden in organisations- und funktionsübergreifenden Arbeits-

gruppen näher auf ihre Einsparpotenziale untersucht. Die in diesen genauer untersuchten Bereichen (ca. 2/3 des gesamten Ausgabenvolumens) sowie in den anderen Bereichen (ca. 1/3 des gesamten Ausgabenvolumens) überschlägig identifizierten Einsparpotenziale belaufen sich auf ca. 7,6 Mio. Euro, die sich in den kommenden Jahren realisieren lassen.

Die Ableitung der optimalen Gesamteinkaufsorganisation basiert zum einen auf der vergleichenden Untersuchung aller einzelnen Einkaufsorganisationen der oben genannten Projektbeteiligten sowie der Bewertung grundsätzlich alternativer Zielorganisationen mittels relevanter Kriterien.

Die vergleichende Untersuchung der einzelnen Einkaufsorganisationen zeigte wesentliche Unterschiede auf. Die Einkaufsorganisationen der DVV und der WBD-AöR haben insgesamt optimiertere Einkaufsorganisationen als beispielsweise die Kernverwaltung.

Zur Maximierung der Einsparungen musste eine Organisationsform identifiziert werden, die sowohl die Synergien zwischen den beteiligten Organisationen maximiert als auch einen maximalen Verbindlichkeitsgrad in der Zusammenarbeit aufweist. Dabei setzte sich in einer Punktbewertung der Zentraleinkauf als GmbH gegenüber allen anderen Alternativen durch. Im Kern basiert die Empfehlung zur Gründung eines Zentraleinkaufs auf folgenden Punkten:

1. In der verbindlichen Zusammenarbeit der Organisationen beim Einkauf liegt ein signifikantes Einsparpotenzial durch die Reduktion der Preise von zugekauften Lieferungen und Leistungen.
2. Die beteiligten Organisationen müssen beim Einkauf verbindlich zusammenarbeiten, wobei ein Methodentransfer der reiferen Einkaufsorganisationen an die weniger reifen Einkaufsorganisationen erfolgt.
3. Zur Erzielung der Einsparpotenziale innerhalb der durch den HSP vorgegebenen Zeiträume muss die Umsetzung unverzüglich und maximal verbindlich erfolgen.
4. Die größten Synergien und die höchste Verbindlichkeit von allen Modellen weist ein Zentraleinkauf auf.

Als Ergebnis dieses Projektes wurde beschlossen, das in der Projektphase August – November 2012 erarbeitete Grobkonzept eines Zentraleinkaufs derart detaillieren zu lassen, dass dem Rat der Stadt Duisburg rechtzeitig eine Entscheidungsvorlage zur Gründung einer zentralen Einkaufsgesellschaft in der Rechtsform GmbH (startend zum Jahresbeginn 2014) vorgelegt werden kann.

Parallel zur Ausarbeitung des Detailkonzepts sollten die ersten kurzfristig wirksamen Einsparmaßnahmen im Gesamtwert von mindestens 1 Mio. Euro identifiziert werden.

Zur Unterstützung dieser Arbeiten wurde KPMG BrainNet erneut beauftragt.

### **Wahl der Privatrechtsform (GmbH) für die zentrale Einkaufsgesellschaft**

Um im städtischen Konzern ein gemeinsames Rechtssubjekt einer Gebietskörperschaft (Kernverwaltung), einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (WBD-AöR) und einer juristischen Person des Privatrechts (DVV) zu gründen, ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) die Rechtsform, die allen drei Gesellschaftern die Erfüllung der Beteiligungsvoraussetzungen und damit überhaupt das Zustandekommen einer Einrichtung zur Bedarfsdeckung im Beschaffungswesen am ehesten ermöglicht.

### **Ergebnis der Projektphase „Detailkonzept“ März bis August 2013**

Das Projekt hat zunächst eine zentrale Einkaufsgesellschaft, Rechtsform GmbH, geplant und in einem Geschäftsplan ihre Strukturen und Ergebnisse quantifiziert. Die Gesellschaft sollte exklusiver Einkaufsdienstleister für alle Bedarfstragenden im Konzern Stadt Duisburg sein und im Namen und auf Rechnung ihrer Kunden einkaufen. Das bisher im Einkauf beschäftig-

te Personal sollte – mit Ausnahme des nur anteilig mit Beschaffung tätigen Personals der Ämter der Kernverwaltung – komplett in die GmbH übergehen.

Es hat sich im Projektverlauf herausgestellt, dass es gegen diesen Vorschlag vor allem in der Kernverwaltung große Widerstände gibt. Den Kritikern wurde deshalb durch den Projektlenkungsausschuss die Gelegenheit gegeben, ein alternatives Modell vorzuschlagen. Es wurde ein Kompetenzcentermodell ohne GmbH-Lösung vorgeschlagen. In verschiedenen Gesprächen wurde das nun vorliegende Alternativ-Modell gemeinsam entwickelt, herausgearbeitet und beschrieben.

KPMG/BrainNet hat sich bereit erklärt, dieses Modell analog zum ursprünglichen GmbH-Modell darzustellen und beide Modelle dann auf Grund der aktuellen Erkenntnisse zu bewerten. Als Ergebnis wird zwar nach wie vor ein **Nutzenvorteil** des ursprünglichen Vorschlags gesehen, diesem steht allerdings gegenüber, dass die **Erfolgswahrscheinlichkeit** geringer ist, so dass unter Würdigung der Gesamtumstände KPMG/BrainNet den Alternativvorschlag zur Umsetzung empfiehlt.

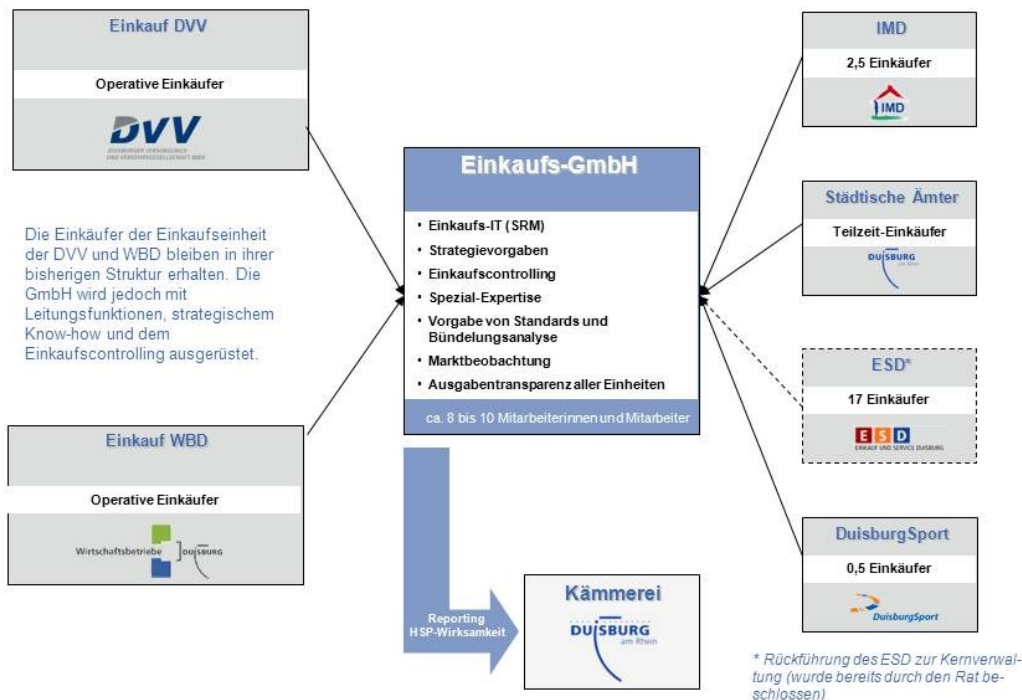
Der zentrale Einkauf soll danach dergestalt realisiert werden, dass in einem ersten Schritt nur die strategischen Einkäufer, das Einkaufscontrolling sowie ggf. Spezial-Expertise in der neuen Gesellschaft gebündelt werden. Außerdem stellt die Gesellschaft den Kunden eine einheitliche Einkaufs-IT zur Verfügung (diese wird über die DU IT bezogen).

Die operativen Einkäufer verbleiben in ihren Einheiten, wobei der Ratsbeschluss zur Rückführung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ESD in die Kernverwaltung umgesetzt wird. Die Leitung der Einkaufs-GmbH und die Besetzung der strategischen Einkaufsstellen erfolgt in diesem Modell durch Fachleute aus den Häusern der Gesellschafter. Diese werden losgelöst von ihrer bisherigen Tätigkeit in der neuen Gesellschaft tätig (also findet kein Betriebsübergang statt).

Die Kunden beauftragen über bilaterale Verträge die Einkaufsgesellschaft und verpflichten sich gleichzeitig, die von der GmbH entwickelten Strategien und Vorgaben grundsätzlich umzusetzen.

**Aufbauorganisation**

**Es wird eine „kleine“ Einkaufs-GmbH mit den Leitungs-, Strategie- und Einkaufscontrollingfunktionen gebildet, die die Einkaufsbereiche der Gesellschafter steuert.**

Voraussetzungen

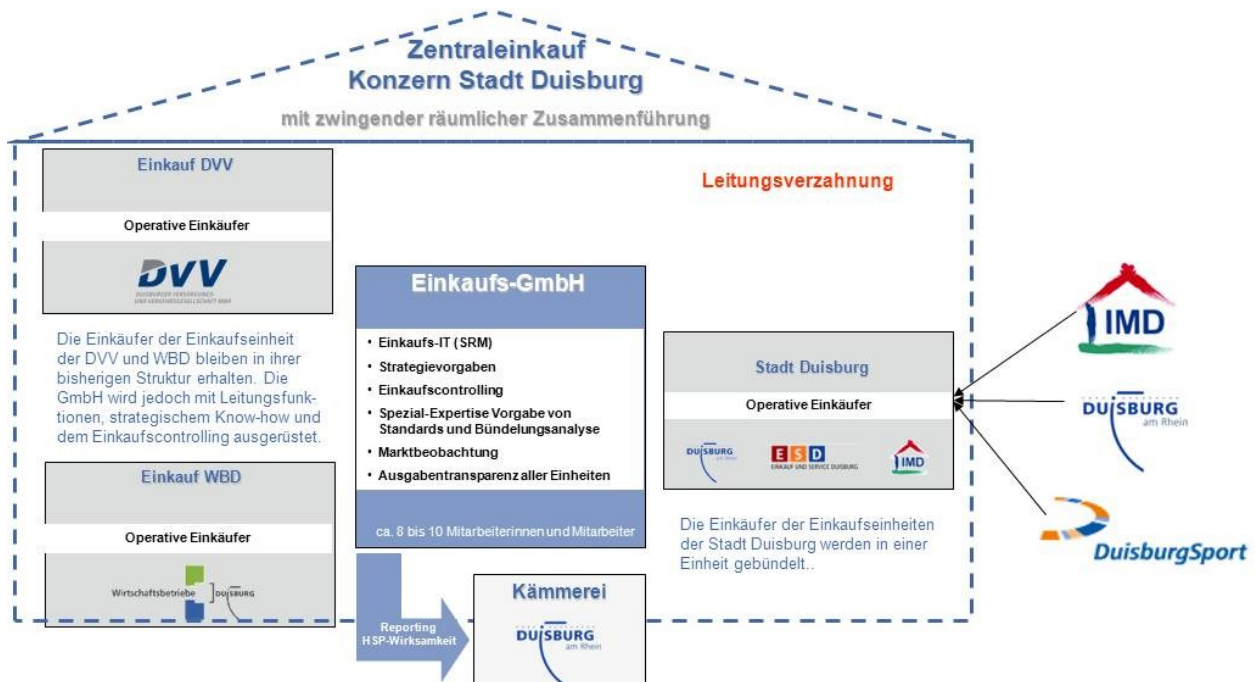
- Vertragliche Verpflichtung der städt. Ämter zur Zusammenarbeit mit der GmbH
- GmbH besteht ausschließlich aus motivierten fachlichen Spezialisten
- Kostenverrechnung der GmbH
- Leitung GmbH mit Einkauf der Gesellschafter verzahlt

Zusätzlich hat KPMG/BrainNet eine Weiterentwicklungsempfehlung in Richtung einer künftigen weiteren Zentralisierung gegeben.

KPMG/BrainNet regt an, perspektivisch auch die mit Einkaufsaufgaben im Baubereich und sonstigem Dienstleistungsbereich betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Kernverwaltung, insbesondere bei den Ämtern 31 und 61, beim IMD und bei DuisburgSport, in die zentrale Einheit innerhalb der Kernverwaltung zu integrieren. Erst nach dieser Integration kann der volle Nutzen entfaltet werden. Weiterhin sollte sobald wie möglich eine räumliche Zusammenführung der Einkaufs-GmbH sowie Einkaufseinheiten der DVV, WBD-AöR sowie der Kernverwaltung und ihrer Sondervermögen geprüft werden. Durch die dann entstehende räumliche Einheit und die vertraglichen Bindungen könnte im Ergebnis ein virtueller Zentraleinkauf für den Konzern Stadt Duisburg entstehen.

## Aufbauorganisation

Es wird eine „kleine“ Einkaufs-GmbH mit den Leitungs-, Strategie- und Einkaufscontrollingfunktionen gebildet, die die Einkaufsbereiche der Gesellschafter steuert.



## Vorteile:

- geringere MwSt.-Last
- Inhousefähigkeit unproblematischer
- kein Zuwendungsrisiko
- hohe Effizienz möglich
- Gemeinsame „große“ GmbH evaluierbar.
- Kostenentlastung neben Bündelungseffekten nach wie vor für DVV und WBD-AöR möglich

Erfolgsvoraussetzung für die Erreichung des HSP-Ziels ist die Verzahnung der Einkaufs GmbH mit den Einkaufseinheiten der DVV, WBD-AöR und der Stadt Duisburg einschl. Sondervermögen.

Die Realisierung des o.a. erweiterten Modells des Zentraleinkaufs für den Konzern Stadt Duisburg würde folgende Vorteile mit sich bringen:

- Der Mehrwertsteuernachteil gegenüber dem ursprünglichen GmbH-Modell reduziert sich für die Kernverwaltung von 575.000 Euro auf 128.000 Euro und für die WBD-AöR von 199.000 Euro auf 125.000 Euro.
- Die Optimierung der Einkaufsstrukturen in der Kernverwaltung und den Sondervermögen kann erfolgen, ohne dass es schon beim Start (über die Rückführung der ESD-Mitarbeiter hinaus) zu Organisationsänderungen in großem Ausmaß kommt.
- Die Inhousefähigkeit ist besser zu beherrschen.
- Es besteht kein zusätzliches Risiko zur Rückzahlung von erhaltenen Zuwendungen, da die operative Abwicklung von Vergabevorgängen für Zuwendungsmaßnahmen beim Zuwendungsempfänger bzw. in seinem Hoheitsgebiet verbleiben und nicht auf die

GmbH übergehen.

- Es ist durch eine zentrale Steuerung und Verzahnung eine annähernd hohe Effizienz bei Beschaffungsvorgängen möglich.
- Eine Einbeziehung weiterer Gesellschaften kann sukzessive erfolgen.
- Es bleibt die Möglichkeit bestehen, eine Evaluierung vorzunehmen und ggf. eine „große“ GmbH auszugestalten.
- Die Kooperationsfähigkeit für interkommunale Zusammenarbeit und/oder anderweitige Partnerschaften bleibt erhalten.

### **Kosten- / Nutzenableitung**

Zur Erzielung der HSP-Vorgaben müssen mittels des Zentraleinkaufs bei den einzelnen Bedarfsträgern in den nächsten Jahren sukzessive bis zu 6,7 Mio. Euro in 2019 jedes Jahr eingespart werden. Mit diesen Werten kann der, vor allem wegen der Investitionen entstehende, Kostennachteil der Gesellschaft kompensiert werden und netto der erwünschte HSP Effekt erzielt werden.

Die Kosten der Gesellschafter werden jährlich ca. 2.039 TEUR betragen. Gegenüber der bisherigen Situation/ohnehin anfallenden Aufwendungen für das geplante SRM System werden (geringe) Mehraufwendungen der Gesellschaft anfallen sowie die o.g. Mehrwertsteuer.

Die Berechnungsmethodik der haushaltswirksamen Einsparungen wird in einer Einsparungsrichtlinie definiert.

Die Einsparungen werden in drei Phasen erarbeitet:

1. bis Ende 2016 ca. 2,75 Mio. Euro durch gemeinsame Ausschreibung auslaufender Rahmenverträge, Harmonisierung der Zahlungsbedingungen und Initiierung eines Warengruppenmanagements
2. bis Ende 2017 ca. 1,75 Mio. Euro durch Optimierung der Leistungsverzeichnisse und der Vertragsgrundlagen
3. bis Ende 2019 ca. 1,25 Mio. Euro durch Optimierung der Bedarfsplanung und Verfeinerung der Steuerungsmechanismen.

Bezogen auf das in den nächsten Jahren im Mittelwert einkalkulierte Einkaufsvolumen von ca. 190 Mio. Euro p.a. liegen die eingeplanten Einsparungen nach Einschätzung des Beraters KPMG/BrainNet am unteren Ende des Korridors vergleichbarer Projekte.

### **Erfolgsvoraussetzungen**

Bestimmte Erfolgsvoraussetzungen bei der Einkaufsgesellschaft, den Einkaufseinheiten der DVV, WBD-AöR und der Kernverwaltung sowie ihren Kunden müssen erfüllt sein:

1. Es muss Konsens zwischen Einkaufs GmbH und Gesellschaftern herrschen, dass das HSP-Ziel zu erreichen ist.
2. Die Leitung der Einkaufsgesellschaft und der Einkaufseinheiten der DVV, WBD-AöR und der Stadt Duisburg ist verzahnt.
3. Die Einkaufsgesellschaft wird ausschließlich mit motivierten fachlichen Spezialisten ausgestattet.
4. Alle Beschaffungsprozesse im Konzern Stadt Duisburg (alle Beteiligungen mit einer Beteiligung > 50 %) werden grundsätzlich über die Einkaufsgesellschaft gesteuert.



5. Die Kunden verpflichten sich, den operativen Einkauf nach den strategischen Vorgaben der Einkaufsgesellschaft durchzuführen.
6. Es gibt eine Eskalationsinstanz mit Sanktionskompetenz bei allen Gesellschaftern, die die Durchsetzung der Vorgaben der Einkaufs GmbH gegenüber ihren Bedarfsträgern sicherstellt.
7. Der Einkauf entwickelt sich in den kommenden Jahren zum strategischen Wertschöpfungspartner der Bedarfsträger.
8. Bei den Kunden darf sich keine nachhaltig schlechtere Produktivität der Einkaufsleistungen im Vergleich zur jetzigen Situation ergeben.

Im Folgenden wird der **Gesellschaftsvertrag** der GmbH in seinen Eckpunkten dargestellt:

#### **Firma, Sitz**

Die Firma der Gesellschaft lautet: Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG).

Sitz der Gesellschaft ist Duisburg.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

#### **Gegenstand des Unternehmens**

Der Gegenstand des Unternehmens ist im Beschlussvorschlag vollständig aufgeführt.

#### **Stammkapital, Stammeinlage**

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 27.000,00 Euro.

Gesellschafter sind die Stadt Duisburg, die WBD-AöR und die DVV zu je einem Drittel.

#### **Organe der Gesellschaft**

Die Organe der Gesellschaft sind:

- die Geschäftsführung
- die Gesellschafterversammlung.

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter kann einen Geschäftsführer stellen. Hinweis: es ist geplant, dass zunächst nur eine Person hauptamtlich in der Geschäftsführung tätig wird und die anderen Gesellschafter nebenamtliche Geschäftsführer oder Geschäftsführerinnen stellen können.

Solange die Gesellschaft nur eine geringe personelle Ausstattung hat und sich im Wesentlichen auf die Erarbeitung der strategischen Einkaufsvorgaben beschränkt, ist die Installation eines Aufsichts- oder Beratungsgremiums nicht erforderlich. Sollte in der von KPMG/BrainNet vorgeschlagenen weiteren Ausbaustufe die Gesellschaft deutlich vergrößert werden, kann sie im Zuge der dann notwendigen Änderung des Gesellschaftsvertrages mit einem Beirat oder einem Aufsichtsrat ausgestattet werden.

Ohnehin sieht der Gesellschaftsvertrag (entsprechend den Vorgaben der Gemeindeordnung) eine Befassung der Gesellschafterversammlung (und damit eine Vorbefassung des Rates) bei Wirtschaftsplanung und Jahresabschluss, Bestellung von Geschäftsführern und Wirtschaftsprüfern sowie für weitere wichtige Entscheidungen vor.

#### **Finanzierung der Gesellschaft**

Prinzipiell soll eine Finanzierung nach dem jeweiligen Aufwand für die Kunden erfolgen. Für die ersten zwei Jahre wird ein Betriebskostenzuschuss der Gesellschafter gewährt. Dieser wird analog der Anteile am Stammkapital der Gesellschaft ermittelt.

### **Einbindung der politischen Gremien der Stadt Duisburg in Vergabeentscheidungen**

Die Stadt Duisburg hat derzeit keinen Vergabeausschuss, für die Kernverwaltung hat der Betriebsausschuss Einkauf und Service Duisburg diese Funktion übernommen, für das IMD und DuisburgSport die jeweiligen Betriebsausschüsse. Stattdessen sollte es mittelfristig einen zentralen Vergabeausschuss für die Stadt und die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen geben. Dieser soll immer dann eingeschaltet werden, wenn bestimmte Wertgrenzen, die vom Rat festgelegt werden, überschritten werden. Die Umsetzung wird nach Gründung der Gesellschaft in separater Vorlage dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der zentrale Vergabeausschuss wird nur für Kernverwaltung, IMD und DuisburgSport tätig. Unberührt hiervon bleiben weiterhin die DVV und die WBD-AöR und die anderen städtischen Unternehmen.

### **Finanzielle Auswirkungen**

Der Anteil der Stadt Duisburg am Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 9.000 Euro wird aus Finanzposition 784100 (Auszahlung für den Erwerb von Finanzanlagen) bereitgestellt. Die Stadt Duisburg trägt künftig ihren Anteil an den Aufwendungen der Einkaufs GmbH. Dies wird mit Aufstellung des Wirtschaftsplans 2014 der DEG konkretisiert. Der Wirtschaftsplan und die finanziellen Auswirkungen für die Stadt werden dann dem Rat der Stadt Duisburg zur Beschlussfassung vorgelegt.

Es wurden Regelungen entwickelt, wie die Einsparungen der Beteiligungen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen den Haushalt der Stadt erreichen (Einsparungsrichtlinie).

**Hinweis:** Gem. § 114 a Abs. 7 GO NRW hat der Rat der Stadt Duisburg nicht nur über die Beteiligung der Stadt Duisburg (direkt), sondern hat auch über die Beteiligung der WBD-AöR an der DEG Beschlüsse zu fassen. Über die Beteiligung der WBD-AöR an Unternehmen entscheidet der Verwaltungsrat der WBD-AöR. Für die Beschlussfassung des Verwaltungsrates der WBD-AöR bedarf es jedoch gemäß § 114 a Abs. 7 S. 5 GO NRW i.V.m. § 7 Abs. 3 S. 3 der Unternehmenssatzung der WBD-AöR der vorherigen Entscheidung des Rates der Stadt.